N i e d e r s c h r i f t
HFA / 019 / 2011

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine am 28.06.2011

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder		Bürgermeisterin

Mitglieder:

Herr Udo Bonk	CDU	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Horst Dewenter	CDU	Ratsmitglied
Frau Peggy Fehrmann	SPD	Ratsmitglied
Frau Marianne Helmes	CDU	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Herr Günter Löcken	SPD	Ratsmitglied
Herr Udo Mollen	SPD	bis 20:02 Uhr - TOP 27
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Niehues	CDU	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	Alternative für Rheine	Ratsmitglied
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Herr Johannes Willems	FDP	Ratsmitglied

Vertreter:

Herr Manfred Brinkmann	CDU	Vertretung für Frau Monika Lulay
Herr Heinrich Hagemeier	CDU	Vertretung für Herrn Dieter Fühner

Herr Eckhard Roloff	SPD	Vertretung für Herrn Falk Toczkowski
Herr Antonius van Wanrooy	CDU	Vertretung für Herrn Stefan Gude

Gäste:

Frau Esters-Gardeweg	bis 17:45 Uhr - TOP 4
Herr Dr. Ralf Schulte-de Groot	Geschäftsführer Stadtwerke
Herr Guido Wermers	bis 18:15 Uhr - TOP 5
Herr Michael Wolters	bis 18:45 Uhr - TOP 5

Verwaltung:

Herr Jan Kuhlmann	Erster Beigeordneter
Herr Axel Linke	Beigeordneter
Herr Werner Lütkemeier	Stadtkämmerer
Herr Heinz Hermeling	Fachbereichsleiter FB 7
Herr Michael Kramer	bis 19:05 Uhr - TOP 22
Herr Jürgen Wullkotte	Fachbereichsleiter FB 4
Herr Bernd Weber	Pressesprecher
Frau Ursula Hartmann	bis 19:05 Uhr - TOP 22
Herr Günter Strauch	Leiter Projektmanagement
Frau Julia Kersting	Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Dieter Fühner	CDU	
Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied
Frau Monika Lulay	CDU	Ratsmitglied
Herr Falk Toczkowski	SPD	Ratsmitglied

Frau Dr. Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung des öffentlichen Teils verweist Frau Dr. Kordfelder auf die zugestellte Nachtragsvorlage Nr. 267/11, Prüfung einer Klage gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz und schlägt vor, die Vorlagen als TOP 8 zu behandeln.

Nach Begründung der Dringlichkeit für die Erweiterung der Tagesordnung stimmt der Haupt- und Finanzausschuss dem Vorschlag von zu.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung am 24. Mai 2011

0:07:48

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 24. Mai 2011 gefassten Beschlüsse

0:08:34

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien. Ein besonderer Bericht zu Anfragen und Anregungen sei nicht erforderlich, da die Verwaltung hierzu bereits in der Sitzung ausführlich Stellung genommen habe.

3. Informationen

3.1. Sachstand Vertragsverhandlungen Verbraucherzentrale Rheine / Kreis Steinfurt / Stadt Rheine

0:09:00

Frau Dr. Kordfelder verweist auf die als Anlage 1 der Einladung zu TOP 3 beigefügte Information.

3.2. Breitbandausbau

0:10:06

Frau Dr. Kordfelder informiert, dass der Bewilligungsbescheid der Bezirksregierung Münster für den Breitbandausbau seit heute 15:00 Uhr vorliege. Es gebe einen konkreten Zuwendungsbescheid für Hauenhorst über 106.513 €, für Gellendorf und Rodde über 164.552 € und für Bentlage und Kanalhafen über 52.442 €.

Frau Dr. Kordfelder informiert, dass aufgrund des von der Bezirksregierung Münster bewilligten vorzeitigen Maßnahmenbeginns und auf der Grundlage des Haupt- und Finanzausschussbeschlusses vom 24. Mai 2011 die Aufträge für den Breitbandausbau in den unterversorgten Ortsteilen Hauenhorst, Bentlage, Kanalhafen, Rodde und Gellendorf noch rechtzeitig vor Ablauf der Bindungsfrist erteilt worden seien. Der Vertrag zum Ausbau der Breitbandplanung sei unterschrieben worden. Seitens des Auftragnehmers, der Telekom, werde mit den Feinplanungen in den betroffenen Ortsteilen begonnen. Dieses werde nach Angaben der Telekom ca. 3 Monate in Anspruch nehmen. Die Breitbandversorgung bzw. die Erhöhung der vorhandenen Übertragungsbitrate werde voraussichtlich innerhalb von 12 Monaten hergestellt sein.

3.3. Liquiditätslage der Stadt Rheine

0:12:58

Herr Lütkemeier gibt bekannt, dass mit heutigem Stand ein Liquiditätskredit in Höhe von 9.287.000 € in Anspruch genommen werde.

4. Jahresbericht 2010 der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen - Beratungsstelle Rheine - Vorlage: 256/11

0:13:30

Frau Esters-Gardeweg informiert anhand der der Vorlage beigefügten Power-Point-Präsentation ausführlich über den Jahresbericht der Verbraucherberatungsstelle Rheine.

Frau Dr. Kordfelder bedankt sich bei Frau Esters-Gardeweg und ergänzt, dass es sich bei der Verbraucherberatung um eine notwendige Arbeit handele.

Die Fraktionen bedanken sich für die Arbeit bei Frau Esters-Gardeweg und ihrem Team.

Frau Esters-Gardeweg informiert auf Nachfrage von Herrn Dewenter, dass die Beratungsstelle mit vielen Experten zusammenarbeite. Die Mitarbeiter erhalten Fortbildungen und Beratungen durch die Geschäftsstelle in Düsseldorf und haben eine Zusatzausbildung im Bereich Verbraucherrecht.

Herr Dewenter fragt, wie viele Fälle aus Rheine und wie viele Fälle von auswärts kommen.

Frau Esters-Gardeweg verdeutlicht, dass es sich um eine anonyme Fallberatung handele und nicht nachgefragt werde, woher die Verbraucher stammen. Bei den Rechtsvertretungen, bei denen die Verbraucherberatung für den Verbraucher schriftlich tätig werde, stammen ca. 2/3 der Ratsuchenden aus Rheine.

Herr Holtel hält es für sinnvoll festzuhalten, woher die Ratsuchenden stammen.

Frau Esters-Gardeweg macht deutlich, dass es wichtig sei, dass Verbraucher mit einer möglichst niedrigen Hemmschwelle die Beratungsstelle aufsuchen können.

Herr Roscher schlägt vor, die Postleitzahl der Ratsuchenden festzuhalten. Dadurch könne eine räumliche Zuordnung durchgeführt werden.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Jahresbericht 2010 der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen, Beratungsstelle Rheine, zur Kenntnis.

5. Veröffentlichung der CO2-Bilanz der Stadt Rheine Vorlage: 279/11

0:40:22

Herr Wermers informiert anhand der der Vorlage beigefügten PowerPoint-Präsentation ausführlich über die CO_2-Bilanz der Stadt Rheine.

Frau Dr. Kordfelder dankt Herrn Wermers und hält fest, dass die Stadt Rheine sehr gut und zukunftsfähig aufgestellt sei.

Die Fraktionen bedanken sich bei allen Akteuren, die bei dem Klimabündnis mitarbeiten.

Herr Reiske erläutert, dass 2 große Blöcke im Hinblick auf die CO_2-Emission zu bearbeiten seien. Zum einen müsse das Verkehrsaufkommen und zum anderen der Gebäudebestand der Stadt ins Visier genommen werden.

Herr Niehues macht deutlich, dass das Thema Verkehr kommunalpolitisch nicht im Fokus stehe. Die Gebäudeeffizienz vor Ort sollte als Arbeitsschwerpunkt angesehen werden. Fördermittel gebe es genügend. Herr Niehues wünscht, dass die Initiative für einen Energiepark auf dem Gelände des Flugplatzes Dreierwalde ergriffen werde. Er bittet Herrn Dr. Schulte-de Groot diese Idee aufzugreifen.

Herr Ortel hält fest, dass auch ohne Festlegung auf einen bestimmten Standort die Errichtung eines Energieparks mit nachhaltiger Energieproduktion, aufgrund des unmittelbar bevorstehenden Ausstieges der Nutzung der Kernenergie, eine wichtige Aufgabe sein werde.

Herr Roscher hält es für wichtig, die Fördermaßnahmemöglichkeiten weiter publik zu machen.

Frau Fehrmann weist als Anregung für eine öffentliche Veranstaltung auf die Internetseite „Energiedialog“ hin.

Herr Hagemeier wünscht, dass das Buskonzept und das Alltagsradwege-Konzept weiter optimiert werden.

Frau Dr. Kordfelder merkt an, dass sie morgen auf einer weiteren internationalen Konferenz der europäischen Bürgermeister sei und dort die deutsche Seite vertreten werde. Sie werde sich darauf konzentrieren, Ausführungen zur Komplexi-

tät der Antragsstellung für EU-Fördermittel zu machen, um das Antragsverfahren zu vereinfachen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis und stimmt der Veröffentlichung im Rahmen des Partizipationsprozesses zu.

6. Rettungsdienst-Vertragsverhandlungen mit dem Kreis Steinfurt Vorlage: 266/11

1:13:58

Herr Holtel macht deutlich, dass nicht nur die Stadt Rheine von der Vereinbarung profitiere, sondern auch die beteiligten Städte Emsdetten, Greven, Ibbenbüren, Lengerich, Ochtrup und Steinfurt.

Beschluss:

Dem Rat der Stadt Rheine wird vorgeschlagen, den Beschluss vom 22.02.2011 bezüglich der Kündigung

a) der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Kreis Steinfurt über die Übertragung der Aufgaben nach dem Gesetz über den Rettungsdienst vom 14.05.1982 sowie
b) des öffentlich-rechtlichen Vertrages vom 28.05.1993 zwischen dem Kreis Steinfurt und den Städten Emsdetten, Greven, Ibbenbüren, Lengerich, Ochtrup, Rheine und Steinfurt

aufzuheben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Sachstandsbericht Konjunkturprogramm II Vorlage: 260/11

1:17:07

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Sachstandsbericht über die Abwicklung der Projekte aus dem Konjunkturprogramm II zur Kenntnis.

8. Prüfung einer Klage gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz Antrag der CDU-Fraktion und FDP-Fraktion vom 24.05.2011 Vorlage: 267/11

1:17:33

Herr Dewenter schlägt vor, den Beschlussvorschlag zu splitten.

Herr Kuhlmann erläutert auf Nachfrage von Herrn Holtel, dass ein Streitwert von etwa 5.000 € anzunehmen sein werde. Es werde daher mit einem Gerichtskostenvorschuss von etwa 400 € zu rechnen sein und Gerichtskosten von insgesamt etwa 500 €. Die Bezirksregierung werde sich vermutlich von eigenen Juristen vertreten lassen. Da die Stadt Rheine ebenfalls eigene Volljuristen im Haus habe, werden hier auch keine speziellen Kosten anfallen. Das Risiko werde daher bei ca. 500 € liegen.

Herr Kuhlmann macht deutlich, dass die generelle Frage, ob man sich an das Verfahren anhängen möchte, vorab entschieden werden müsse.

Herr Niehues hält fest, dass es für das Jahr 2011 um 1,8 Mio. € gehe. Für das Jahr 2012 gehe es voraussichtlich um 3,4 Mio. €. Herr Niehues befürwortet es, einen zweigeteilten Beschluss zu fassen. Zur Fristwahrung sollte der Beschluss zur Klage gegen den Zuwendungsbescheid gefasst werden. Hinsichtlich der Verfassungsbeschwerde sollte der Rat in der nächsten Sitzung entscheiden.

Herr Roscher stellt fest, dass, wenn die Entscheidungsfindung bezüglich der Verfassungsklage zur nächsten Ratssitzung zurückgestellt werde, jetzt schon klar sei, dass die SPD-Fraktion sich einer Verfassungsklage, nach jetzigem Stand, so nicht anschließen werde. Auch bei der Verwaltungsklage gegen den Zuwendungsbescheid sehe die SPD-Fraktion Probleme.

Herr Kuhlmann stellt klar, dass im Verwaltungsstreitverfahren nur im Widerspruch eine sogenannte „Verböserung“ möglich sei. In einem Klageverfahren gemäß § 88 VwGO sei man an den Klageantrag gebunden. Die Formulierung sei hierbei genau zu beachten. In jedem Fall könne man bei Klageerhebung die Notbremse ziehen und die Klage nach § 92 VwGO zurückziehen. Dann hätte die Stadt allerdings die Prozesskosten zu tragen.

Herr Reiske hält fest, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sich nicht an einer Klage gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz beteiligen werde. Die Klage beim Verwaltungsgericht werde die Fraktion allerdings unterstützen, da es hier um das Interesse der Stadt gehe.

Herr Dewenter stellt den Antrag, den Beschlussvorschlag zu splitten und heute nur den 2. Teil gegen den Zuwendungsbescheid vom 8. Juni 2011 zu beschließen, um fristwahrend Klage beim Verwaltungsgericht einlegen zu können. Der 1. Teil solle zur Beschlussfassung in den Rat gegeben werden.

Herr Roscher beantragt eine Sitzungsunterbrechung.
Nach 5 Minuten eröffnet Frau Dr. Kordfelder die Sitzung erneut.

Herr Roscher informiert, dass die SPD-Fraktion in ihrer Beratung von einem Umstand ausgegangen sei, der sich jetzt durch die Aussagen von Herrn Kuhlmann anders dargestellt habe. Die Gefahr, dass eine Verschlechterung eintrete, erscheine als ausgeräumt. Insoweit habe sich die Position der SPD-Fraktion verändert und man könne einer vorsorglichen Verwaltungsklage zustimmen.

Herr Reiske spricht sich gegen eine Splittung des Beschlussvorschlages aus. Er könne diesem Beschlussvorschlag der Verwaltung direkt zustimmen.

Frau Dr. Kordfelder lässt sodann über den Antrag auf Abänderung und Splittung des Beschlussvorschlages der CDU-Fraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis:	11	Ja-Stimmen
	7	Nein-Stimmen
	1	Stimmenthaltung

Frau Dr. Kordfelder trägt dann den neuen Beschlussvorschlag vor:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, gegen den Zuwendungsbescheid vom 8. Juni 2011 zunächst fristwahrend Klage beim Verwaltungsgericht in Münster einzulegen. Über eine Beteiligung an einer Verfassungsbeschwerde gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 ist in der Ratssitzung am 19. Juli 2011 zu entscheiden.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt sodann separat über beide Sätze abzustimmen.

Frau Dr. Kordfelder lässt folglich über den 1. Satz abstimmen:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, gegen den Zuwendungsbescheid vom 8. Juni 2011 zunächst fristwahrend Klage beim Verwaltungsgericht in Münster einzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Frau Dr. Kordfelder lässt sodann über den 2. Satz abstimmen:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt über eine Beteiligung an einer Verfassungsbeschwerde gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 in der Ratssitzung am 19. Juli 2011.

Abstimmungsergebnis:	11	Ja-Stimmen
	7	Nein-Stimmen
	1	Stimmenthaltung

Herr Kuhlmann merkt an, dass man versuche im Kontakt mit dem Innenministerium eine neue Rechtskraftregelung für den Bescheid zu entwickeln. Sollte dieses funktionieren, würde auf eine Klage verzichtet werden, weil die Bestandskraft des Bescheides nicht eintreffe, da dieser nicht rechtskräftig sei.

9. Übersicht über die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen in 2010
Vorlage: 254/11

1:44:19

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Übersicht über die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen für 2010 zur Kenntnis.

10. Übersicht über die Ermächtigungsübertragungen für das Jahr 2010
Vorlage: 270/11

1:44:40

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ermächtigungsübertragungen aus dem Jahr 2010 zur Kenntnis.

11. Aufhebung des kw-Vermerkes für die Stelle 1411/Produktverantwortliche/r Sportförderung im Fachbereich 1
Vorlage: 224/11

1:45:00

Herr Dewenter bezieht sich auf die nächsten 4 Tagesordnungspunkte zu den kw-Vermerken. In den Vorlagen sei ein Einschub gemacht worden, dass in der Sitzung der Strategie- und Finanzkommission im September darüber informiert werde wie weiterhin Stellen eingespart werden sollen. Die Verwaltung habe noch 2 Stellen einzusparen. Dieses Jahr sollten nach Plan noch 3 Stellen dazu kommen. In der Vorlage stehe, dass bis 2015 das Ziel der Einsparung von 18 Stellen erreicht werde. Die CDU-Fraktion befürchte, dass, wenn man dieses Ziel immer weiter nach hinten schiebe, in 2014 und 2015 die Zielerreichung schwierig werde. Die CDU-Fraktion wünscht sich daher für die Sitzung der Strategie- und Finanzkommission ein Konzept, wie die Planungen der Einsparungen von der Verwaltung aussehen.

Frau Dr. Kordfelder sagt zu, dass in der Sitzung der Strategie- und Finanzkommission ein Konzept vorgelegt werde. Außerdem werde das Thema in einem Termin vor den Ferien mit den Fraktionsvorsitzenden noch einmal erörtert.

Herr Niehues fragt, ob sichergestellt sei, dass nicht nur für 2014 die Perspektive der Stelleneinsparungen gewährleistet sei, sondern auch für Ende 2011.

Herr Hermeling erläutert, dass es im Februar 2010 einen ersten Umsetzungsbericht gegeben habe. Insgesamt war eine Soll-Einsparung von 18 Stellen vorgegeben. 8 Stellen sollten anteilig für diesen Zeitraum eingespart werden. Es konnten bis dahin nur 6,2 Stellen eingespart werde, sodass das Defizit von 1,8 Stellen entstand.
Bis einschließlich 2011 gebe es Soll-Einsparungen von 12 Stellen. 10,7 werden bis dahin voraussichtlich eingespart werden. Das Defizit werde sich daher bis dahin von 1,8 auf 1,3 reduzieren. Diese Reduzierung werde sich bis zum Jahre 2015 ausgeglichen haben.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den kw-Vermerk für die Stelle 1411/Produktverantwortliche/r Sportförderung im Fachbereich 1 zum 01.10.2011 aufzuheben und den Stellenplan entsprechend zu ändern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. Aufhebung des kw-Vermerkes für die Stelle 2003 "Sozial- und Jugendhilfeplanung" im Fachbereich 2
Vorlage: 211/11

1:51:25

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den kw-Vermerk für die Stelle 2003 „Sozial- und Jugendhilfeplanung“ im Fachbereich 2 zum 01.01.2012 aufzuheben und den Stellenplan entsprechend zu ändern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. Aufhebung des kw-Vermerkes für die Stelle 5600 "Produktverantwortliche/r Bauordnung" im Fachbereich 5
Vorlage: 201/11

1:51:51

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den Vermerk für die Stelle 5600 „Produktverantwortliche/r Bauordnung“ im Fachbereich 5 zum 01.11.2011 aufzuheben und den Stellenplan entsprechend zu ändern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

14. Aufhebung des kw-Vermerkes für die Stelle 5801 "Produktverantwortliche/r Bauverwaltung" im Fachbereich 5
Vorlage: 200/11

1:52:45

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den kw-Vermerk für die Stelle 5801 „Produktverantwortliche/r Bauverwaltung“ im Fachbereich 5 zum 01.08.2011 aufzuheben und den Stellenplan entsprechend zu ändern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

15. Berichtswesen 2011, Stichtag 31. Mai 2011, Fachbereich 3 - Recht und Ordnung
Vorlage: 271/11

1:53:17

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 3 – Recht und Ordnung mit dem Stand der Daten vom 31. Mai 2011 zur Kenntnis.

16. Berichtswesen 2011, Stichtag 31. Mai 2011, Fachbereich 4 - Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement
Vorlage: 251/11

1:53:35

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 4 – Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement mit dem Stand der Daten zum 31.05.2011 zur Kenntnis.

17. Berichtswesen 2011, Stichtag 31.05.2011, Fachbereich 7 - Interner Service
Vorlage: 244/11

1:53:57

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 7 - Interner Service mit dem Stand der Daten vom 31.05.2011 zur Kenntnis.

18. Berichtswesen 2011, Stichtag 31.05.2011, Sonderbereich 0 - Politische Gremien und Verwaltungsführung
Vorlage: 265/11

1:54:16

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Sonderbereich 0 - Politische Gremien und Verwaltungsführung mit dem Stand der Daten vom 31.05.2011 zur Kenntnis.

19. Berichtswesen 2011, Stichtag 31. Mai 2011 - Sonderbereich 9 - Zentrale Finanzleistungen Vorlage: 255/11

1:54:36

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Sonderbereich 9 – Zentrale Finanzleistungen mit dem Stand der Daten vom 31.05.2011 zur Kenntnis.

20. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

1:55:02

Frau Dr. Kordfelder bezieht sich auf folgende Eingabe:

Neue Wege II

(Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Rheine)

Sehr geehrte Frau Dr. Kordfelder,

mit diesem Antrag wollen wir den Fokus auf die Notwendigkeit der Sanierung des Gebäudebestandes in der Stadt Rheine richten. Die derzeitige Sanierungsquote des gesamten Gebäudebestandes in der Bundesrepublik beträgt 0,7 pro Jahr. Dieses ist deutlich zu niedrig. Wir als Grüne wollen mit diesem Antrag eine Sanierungsbeschleunigung in der Stadt Rheine erreichen. Dieses ist aus Gründen des Klimaschutzes und der Ressourcenverfügbarkeit dringend notwendig. Als weiterer gravierender Punkt ist die Belastung des Haushalts der Stadt Rheine zu nennen und die immer weiter steigende Belastung der privaten Haushalte. Wird hier nicht schnell in Richtung Erneuerbarer Energien, Energieeinsparung und Energieeffizienz umgesteuert, sind bereits in naher Zukunft soziale Verwerfungen zu befürchten.

Wir bitten deshalb die Verwaltung zu prüfen, ob und in welcher Form es sinnvoll ist, ein kommunales Förderprogramm aufzulegen, was die oben beschriebenen Ziele verfolgt. Dieses Programm muss kompatibel sein mit den Förderprogrammen des Bundes, des Landes und der EU. EU - Energiekommissar Oettinger beklagte erst kürzlich die Nichtabrufung erheblicher Fördermittel für die Gebäudesanierung. Wir als Grüne wollen ein Anreiz- und Fördersystem, welches die Sanierung des Gebäudebestandes beschleunigt und im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Rheine die effiziente Nutzung von Energie fördert. Dazu gehört auch die effiziente, dezentrale Erzeugung von erneuerbaren Energien. Sogenannte „Plus-Energie-Häuser" in einer Stadt produzieren die Energie in unmittelbarer Nähe der

Verbraucher. Leitungsverluste werden minimiert und weitflächige Netzausfälle vermieden.

Die Förderung der Energieeffizienz durch die Stadt Rheine bedeutet nach dem Verständnis der Grünen nicht vornehmlich der Einsatz von bekanntlich nur sehr begrenzt verfügbaren Finanzmitteln. Durch Information an die Bevölkerung sowie konkrete Anreize und Vorgaben in Planungs- und Genehmigungsverfahren kann Klimaschutz aktiv betrieben werden, ohne die Finanzlage der Stadt Rheine zu strapazieren. Der aktuelle, parteiübergreifende Konsens über die Neuausrichtung der Energieversorgung unseres Landes hilft zudem unserer Stadt, mögliche Bürgerproteste nach dem St. Florians - Prinzip („Solar und Windenergie: Ja, aber nicht in meinem Hinterhof.") in bejahendes Bürgerengagement zu wandeln. Gutes Klima global und gutes Klima lokal stehen auch bei Einbeziehung möglicher Empfindlichkeiten traditionsbewusster Bürger nicht im Widerspruch zueinander.

Neben den Effekten eines verbesserten Klimaschutzes und einer Dämpfung der Betriebskosten der Gebäude und somit einer Entlastung der BewohnerInnen sehen wir einen weiteren positiven Effekt: Die gegebenenfalls zusätzlichen städtischen Fördermittel aktivieren hohe Investitionssummen, die der örtliche Bauwirtschaft zu Gute kommen. Dadurch werden dauerhaft Arbeitsplätze im Baugewerbe gesichert. Diese Investitionen bleiben in der örtlichen Wertschöpfung und fließen nicht ab.

Nur zur Erinnerung: Derzeit fließen 1 Milliarde Euro aus dem Kreis Steinfurt ab in Richtung Förderländer und Konzerne der fossilen Energiekette.

Im einzelnen bitten wir zu prüfen:

1. Im Stadtgebiet der Stadt Rheine sollen nur noch in eingeschränkter Form Neubaugebiete ausgewiesen werden. Dieses führt zu einer Reduzierung des derzeitigen Flächenverbrauchs.
2. Wir bitten zu prüfen, ob das in einigen Kommunen durchgeführte Programm „Jung kauft Alt" auch in Rheine durchgeführt werden kann. Hierbei trägt die Stadt die Gutachterkosten des zum Verkauf stehenden Gebäudes. KäuferInnen können an dieser Stelle direkt errechnen, ob aus KäuferInnensicht ein Kauf möglich und wünschenswert ist. Durch ein solches Programm entstehen Anreize, im Wohnungsbestand und in den bislang genutzten Flächen zu bleiben und den vorhandenen Wohnraum effizienter zu nutzen.
3. Wir bitten um Verhandlungen mit der örtlichen Handwerksinnung, ob die Betriebe Rabatte für Energiesparmaßnahmen gewähren können, wenn vor der Auftragsvergabe eine qualifizierte Beratung erfolgt ist. Vorbild könnte hier der Gütersloher Energie-Bonus sein.
4. Bei allen bestehen Gebäuden soll die Regenwassernutzung gefördert werden. Eine Verrieselung soll in Zukunft die Ausnahme sein.
5. Bei allen im Stadtgebiet neu gebauten Häusern soll die Dachfläche zum Süden ausgerichtet sein.

6. Bei allen Gebäuden sollen Erneuerbare Energien zum Einsatz kommen mit dem Schwerpunkt Solarenergie und Wärmepumpen.
7. Für Mietobjekte und städtische Gebäude soll geprüft werden, ob gemeinsam mit den „Stadtwerken für Rheine" Blockheizkraftzwerke zum Einsatz kommen können, die neben Wärme auch Strom erzeugen.
8. Weiter bitten wir zu prüfen, wie die Genehmigungsordnung für Kleinwindenergieanlagen in Rheine geregelt ist. (Anlagen bis 5 KwP)
9. Ebenfalls bitten wir um Prüfung, ob durch Zusammenarbeit von Stadtsparkasse und Stadtwerken eine Windkraftanlage mit Bürgerbeteiligung errichtet werden kann.

Generell bitten wir um Prüfung, ob sich die Stadtsparkasse Rheine im Rahmen eines kommunalen Förderprogramms mit zinsgünstigen Krediten engagieren kann. Ein solches Programm bedarf ebenfalls der Abstimmung mit den entsprechenden Programmen der KFW.

Wir bitten um Beantwortung unserer Fragestellung bis zur Verabschiedung des Haushalts 2012. Wir sind bereit für diese Zielsetzung erhebliche Mittel bereitzustellen. Dieses ist jedoch nur möglich, wenn der Rat innerhalb des Haushalts an anderer Stelle Einsparungen vornimmt.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Reiske

Frau Dr. Kordfelder schlägt Folgendes vor:

Verweis an den FB 5, Herrn Schröer, mit der Bitte, sich mit den TBR in Verbindung zu setzen.

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt dem Verfahrensvorschlag zu.

21. Einwohnerfragestunde

1:56:13

Es folgen keine Wortmeldungen.

22. Anfragen und Anregungen

22.1. Anträge nach § 24 GO, Anfrage von Herrn Niehues

1:56:13

Herr Niehues hält fest, dass die Fraktionsvorsitzenden über den Eingang einer Vielzahl von Anträgen nach § 24 GO von Herrn Frank Hemelt informiert worden seien. Es stelle sich die Frage, ob dieses Verfahren weiterhin so aufrecht zu erhalten sei. Die Anträge nach § 24 GO seien, so sehe das Gesetz und die Hauptsatzung es vor, durch die Verwaltung zu bearbeiten, die politischen Gremien seien darüber zu informieren und letztlich sei der Antragssteller zu benachrichtigen. Die CDU-Fraktion befürchte, dass diese sinnvolle und bürgernahe Regelung des § 24 GO durch die hier praktizierte, massenhafte Anwendung durch einen Bürger entwertet werde. Gerade auch, weil Herr Hemelt sich mittlerweile an andere Behörden wie das Landesministerium wendet. Es sei nicht weiter zu tolerieren. Herr Niehues wünscht im Interesse der Stadt und der Verwaltung insgesamt eine Stellungnahme und Einschätzung der Lage durch die Bürgermeisterin. Außerdem bittet er die SPD-Fraktion um eine klärende Stellungnahme.

Frau Dr. Kordfelder weist darauf hin, dass personenbezogene Daten nicht in öffentlicher Sitzung offenbart werden dürfen. Frau Dr. Kordfelder informiert, dass die Verwaltung die Vorgänge abarbeite. Sie macht deutlich, dass Demokratie viele Facetten demokratischen Verhaltens aushalten müsse.

Herr Roscher erläutert, dass Herr Hemelt seit dem Ausscheiden aus dem Rat der Stadt Rheine auch nicht mehr Mitglied der SPD-Fraktion sei. Er nehme weder an Fraktionssitzungen noch an Arbeitskreisen der Fraktion teil. Seine Eingaben seien insoweit jeweils auf das Bürgerrecht beschränkt und haben mit der SPD-Fraktion nichts zu tun.

22.2. Elternbeitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr, Anfrage von Herrn Holtel

2:01:42

Herr Holtel informiert, dass die FDP-Fraktion intensiv die Novellierung des Kinderbetreuungsgesetzes verfolge. Die FDP-Fraktion stellt folgende Anfrage:

Elternbeitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr – Auswirkungen für Rheine

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder,

Die Landesregierung plant, das letzte Kindergartenjahr ab dem 1. August 2011 für die Eltern beitragsfrei zu stellen.

Die FDP-Fraktion bittet daher um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Kinder werden in der Stadt Rheine ab dem 1. August 2011 beitragsfrei eine Kindertagesstätte besuchen?
2. Welche Kosten kommen dafür auf die Stadt Rheine zu?
3. In welcher Höhe erhält die Stadt Rheine Ausgleichszahlungen des Landes NRW?
4. Wie soll eine mögliche Differenz zwischen Kosten und Ausgleichszahlungen aus dem städtischen Etat kompensiert werden und ist hierzu ggf. ein Beschluss des Rates der Stadt Rheine notwendig?
5. Ist bekannt, wann und wie der Stadt Rheine die entsprechenden finanziellen Mittel des Landes NRW zugeleitet werden?

Begründung:

Dem Vorhaben der Landesregierung, in Zeiten einer überaus angespannten Haushaltslage in Land und Kommune ein beitragsfreies Kindergartenjahr einzurichten, steht die FDP kritisch gegenüber. Zwar ist die Beitragsfreiheit eines Kindergartenjahres wünschenswert und wird von uns als mittelfristiges Ziel unterstützt, jedoch muss die Frage der Gegenfinanzierung vor Einführung der Elternbeitragsfreiheit klar geregelt sein. Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, dass mit dem Gesetz zur Einführung der Beitragsfreiheit klare Regelungen über die volle Erstattung des Einnahmeausfalls an die Kommunen getroffen werden und so Planungssicherheit für die Jugendämter besteht.

Ende des öffentlichen Teils: 19:05 Uhr

Dr. Angelika Kordfelder Bürgermeisterin	Julia Kersting Schriftführerin